



# Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete  
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. Ich freue mich auf Ihre Anregungen, Wünsche und Fragen.

Am Mittwoch haben wir in der Bürgerschaft im Rahmen der Aktuellen Stunde anlässlich des Weltfrauentages über die Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland debattiert. Wir setzen uns in der Hamburgischen Bürgerschaft für ein gleichberechtigtes Miteinander der Geschlechter ein. Hamburg geht bei diesem Thema voran.

Schöne Frühjahrsferien und schöne Ostertage wünscht mit

herzlichen Grüßen

Ihre  
Regina Jäck



**Veranstaltung  
"Inklusion in  
Arbeit und  
Beschäftigung"  
mit Laura Frick  
am 23. April**

In den Elbe-  
Werkstätten wollen  
wir ab 17 Uhr mit  
unserem Podium und  
unseren Gästen  
diskutieren und  
überlegen, welche  
Maßnahmen in  
Hamburg für eine  
inklusive Arbeitswelt  
notwendig sind.

Weitere  
Informationen zur  
Veranstaltung unter  
[buero@regina-jaeck.de](mailto:buero@regina-jaeck.de)

**Nächste  
Bürgerschafts-  
sitzung am 10.  
April ab 13.30 Uhr**

Unter der  
Seite [Bürgerschaft  
Live - Hamburgische  
Bürgerschaft -  
Hamburgische  
Bürgerschaft](#) kann die  
Sitzung am  
Sitzungstag live  
verfolgt werden.

Für gehörlose  
Menschen gibt es  
eine Übertragung in  
Gebärdensprache.

**Infostand in  
Bramfeld:  
5. April 2024,  
10-12 Uhr**

Nach den Osterferien  
geht es weiter mit  
unseren Infoständen.  
Am 5. April freuen  
mein Kollege Lars  
Pochnicht und ich uns  
auf Ihre Themen und  
Anregungen.

Sie finden uns und die  
Kandidierenden zur  
Bezirksver-sammlung  
von 10-12 Uhr am  
Infostand auf dem  
Bramfelder  
Wochenmarkt.

---

# Aktuelle Stunde: „Unsere Gesellschaft braucht den Weltfrauentag“

Im Rahmen der Aktuellen Stunde haben wir in der Hamburgischen Bürgerschaft anlässlich des Weltfrauentages über die Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland debattiert. Wir setzen uns in der Hamburgischen Bürgerschaft seit langem für ein gleichberechtigtes Miteinander der Geschlechter ein. Trotz großer Erfolge in der Vergangenheit sehen wir weiter dringenden Reformbedarf – etwa beim Lohnsteuergesetz, beim Entgelttransparenzgesetz sowie der Opferschutzrichtlinie der Europäischen Union.

Dazu Gabi Dobusch, unsere gleichstellungspolitische Sprecherin: „Unsere Gesellschaft braucht den Weltfrauentag. Der 8. März ist ein Symbol der Gleichberechtigung und Emanzipation. Die Frauenbewegung hat in der Vergangenheit große Erfolge erzielt: das Wahlrecht, das eigene Geld, das Sorgerecht, das Recht auf bezahlte Arbeit, das Recht auf selbstbestimmte Sexualität – auch in der Ehe. Das alles sind Meilensteine, die es zu feiern gilt. Aber: Auch heute noch sitzen in der Bürgerschaft Akteur:innen, die sich die Zeit der gesitteten Hausfrauen der 60er-Jahre oder schlimmer noch der prämierten Mütter der Nazizeit zurückwünschen. So einen Roll-Back werden wir nicht zulassen.“

Die Benachteiligung von Frauen ist leider auch heute noch nicht von der Hand zu weisen. Der Gender-Pay-Gap liegt bei 18 Prozent. Das ist beschämend für unser Land. Deshalb wollen wir weiter mit Nachdruck dafür kämpfen, dass sich die Verhältnisse ändern. Dazu braucht es mehr Transparenz beim Entgelt, einen stärkeren Opferschutz, der deutlich mehr Gewalttaten gegen Frauen verhindert, und ein reformiertes Lohnsteuergesetz, das endlich die richtigen Anreize für die Berufstätigkeit von Frauen setzt. Dazu muss es uns gelingen, dass Menschen aller Geschlechter gemeinsam und solidarisch für eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Gesellschaft eintreten.“

---

## Bürgerschaft debattiert PUA „Cum-Ex“: Keine politische Einflussnahme, kein Schaden für die Stadt

Am Mittwoch haben wir in der Bürgerschaft über den Zwischenbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Cum-Ex“ debattiert. Dieser macht deutlich: Von den Vorwürfen, die CDU und Linke zur Einsetzung des PUA angeführt haben, ist auch nach vielen Stunden Beratung und Zeugenaussagen sowie der Sichtung von tausenden Seiten Akten nichts übrig geblieben.

Dazu Milan Pein, unser Obmann im PUA Cum-Ex: „Der Zwischenbericht kommt zu einem klaren Ergebnis: Es hat keine politische Einflussnahme auf das Steuerverfahren Cum-Ex gegeben. Von den Vorwürfen ist nach über drei Jahren Beratung und Zeugenaussagen sowie tausenden Seiten Akten nichts mehr übrig. Alle im Ausschuss befragten Zeugen haben ausgesagt, weder politische Einflussnahme erlebt noch davon gehört zu haben. Auch aus der Aktenlage ergibt sich dies nicht. Die Steuerverwaltung hat sich stets auf steuerrechtliche Einschätzungen gestützt.

Es ist der Stadt kein finanzieller Schaden aus dem Steuerfall der Warburg Bank entstanden. Die Steuerrückforderungen an die Warburg-Bank waren nie verjährt, die Bank hat die gesamte Steuerschuld plus Zinsen an die Stadt Hamburg zurückgezahlt. Es hat zudem zu keinem Zeitpunkt auch nur Ansätze für strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen politische Entscheidungsträger gegeben – weder in Hamburg noch in Nordrhein-Westfalen.

Die Faktenlage ist eindeutig: Von den Vorwürfen der PUA-Koalition aus CDU und Linken ist nichts übrig geblieben. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass CDU und Linke in ihren Minderheitsberichten zum Zwischenbericht krampfhaft nach Anhaltspunkten für ihre Anwürfe suchen und ihr Fazit dabei sehr unterschiedlich ausfällt. Während sich die Linke 132 Seiten lang in Verschwörungserzählungen ergeht, die sich in keiner Weise mit den Ermittlungsergebnissen des PUA decken, reichen der CDU zwei Seiten mit Beschwerden über PUA-Beschlüsse, bei denen sie selbst zugestimmt hat. Insbesondere der Vorwurf der Intransparenz gegenüber den Regierungsfractionen läuft ins Leere.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss ist ein wichtiges parlamentarisches Instrument, das wir sehr hoch schätzen. Daher haben wir für diese Legislaturperiode angesichts der sehr großen Mehrheit von SPD und Grünen das Quorum für die Einsetzung eines PUA herabgesenkt. Wir haben auf die schnellstmögliche Veröffentlichung des Zwischenberichts gedrungen und wollen mit einem Antrag zur heutigen Bürgerschaftssitzung erreichen, dass mit der Veröffentlichung von PUA-Wortprotokollen künftig weitere Transparenz geschaffen werden kann. Wir laden alle Interessierten ein, sich die Zwischenergebnisse des PUA genau anzuschauen. Die Fakten sprechen für sich.“

## Hintergrund

Der Zwischenbericht des Arbeitsstabes im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Cum-Ex“ ist [hier](#) öffentlich abrufbar. Der Antrag von SPD und Grünen, mit dem die Regierungsfractionen die Veröffentlichung von PUA-Protokollen möglich machen und damit mehr Transparenz schaffen wollen, findet sich [hier](#).

---

# Gute Bedingungen für Fachkräfte: Rot-Grün stärkt Hamburg Welcome Center

Wir setzen uns dafür ein, das erfolgreiche Hamburg Welcome Center (HWC) auszubauen. Die Institution zur Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften mit Zuwanderungshintergrund verzeichnet aufgrund der Erleichterungen des im Bund neu aufgelegten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes eine verstärkte Nachfrage nach ihren Dienstleistungen. Mit einem rot-grünen Antrag wollen wir jetzt die Personalbedarfe überprüfen und den veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

Außerdem sollen die Verfahren und Prozesse vereinfacht und wenn möglich auch digitalisiert werden. Damit soll die Reaktionszeit des HWC auf eingehende Anfragen trotz gestiegener Nachfrage auf hohem Niveau gehalten werden. Das Welcome Center ist in seiner Form bundesweit einzigartig und eine langfristige Kooperation zwischen der Behörde für Soziales, der Behörde für Inneres und Sport, der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter team.arbeit.hamburg. Unser Antrag wurde am 13. März in der Hamburgischen Bürgerschaft beraten und beschlossen.

Dazu Kazim Abaci, unser Sprecher für Migration, Integration und Geflüchtete der SPD-Fraktion Hamburg: „Die Zahl der Beschäftigten in Hamburg ist auf Rekordniveau und der Hunger nach Arbeitskräften ungebrochen. Das ist gut für unsere Stadt und stärkt unseren Sozialstaat. Schätzungen zufolge braucht es eine Nettomigration von 400.000 Personen pro Jahr, um das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland konstant zu halten. Das erfordert laut Expert:innen 1,5 bis 1,6 Millionen Zuzüge pro Jahr, da viele Zugewanderte nicht dauerhaft in Deutschland bleiben. Wir brauchen also ein gutes Angebot, um die Fachkräfte auch in Hamburg zu halten.“

Mit dem Hamburg Welcome Center haben wir ein bundesweit vorbildliches Service-Zentrum geschaffen, in dem wichtige Kernaufgaben für die Arbeitsmarktintegration, wie etwa die Kompetenzfeststellung oder die Anerkennung von Qualifikationen, gebündelt werden. Das schafft Synergieeffekte, verschlankt Prozesse und baut Bürokratie ab. Gleichzeitig hat sich das HWC auch als geschätzter Partner der Hamburger Wirtschaft etabliert. In beiden Funktionen ist die Nachfrage hoch. Deshalb wollen wir jetzt die Weichen stellen, eine Bestandsaufnahme machen und das HWC ausbauen. Die verschiedenen Möglichkeiten des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, die jetzt, wie etwa die ab Juni erhältliche Chancenkarte, nach und nach in Kraft treten, wollen wir voll ausschöpfen.

Es muss deutlich werden, dass der Weg in ein gutes Leben in Deutschland über die Fachkräftezuwanderung gelingen kann. Wenn das Potenzial der Hamburger:innen durch Aus- und Weiterbildung gehoben und durch Fachkräftezuwanderung ergänzt werden kann, dann werden wir Digitalisierung, Dekarbonisierung und demographischen Wandel meistern können.“

Hintergrund

Informationen zu den neuen Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes finden sich [hier](#).

---

# Abwechslungsreiche Frühjahrsferien mit dem Hamburger Ferienpass

**Täglich neue Freizeitangebote auf [ferienpass-hamburg.de](https://ferienpass-hamburg.de). Besichtigung des Radiosenders N-JOY mit dem Ferienpass möglich**

Der kostenlose Hamburger Ferienpass für Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 19 Jahren gilt in allen Schulferien, also auch jetzt in den Frühjahrsferien. Hamburger Schülerinnen und Schüler bekamen über ihre Schulen bereits die Heftchen mit dem Ferienpass-Kärtchen.

Das Ferienpass-Angebot auf der Internetseite [ferienpass-hamburg.de](https://ferienpass-hamburg.de) ist bunt und vielfältig. Durch Filterfunktionen bleibt es aber übersichtlich. So können Kinder, Jugendliche und Eltern gezielt nach bestimmten Zeiträumen, Altersgruppen und Bezirken suchen. Ausflugsziele in der Metropolregion für die ganze Familie sind in der Rubrik „Nah und Fern“ zu finden, während sich Freizeiten für alleinreisende Kinder und Jugendliche in der Rubrik „Reisen“ finden lassen. Es gibt sogar noch Plätze für Reisen in den Frühjahrsferien! Besonders beliebt sind die Rubriken „Sport und Spaß“ mit Sport- und Spielangeboten und „Abenteuer und Entdeckungen“ mit Hamburger Sehenswürdigkeiten. Wer schon weiß, was er in den Ferien machen möchte, kommt über die Suchfunktion am schnellsten zum Ziel.

Es gibt unter den knapp 300 Angeboten für die Frühjahrsferien Unternehmungen für die ganze Familie wie das Panoptikum, die Kinder-Oper „Prinzessin Turandot“, Stadtführungen, einen Ausflug ins Museum oder zur Böhmetalbahn. Im Mittelpunkt stehen aber Aktivitäten, die Kinder und Jugendliche alleine unternehmen können wie Tanz-, Theater- oder Film-Workshops, Sport-Camps, Workshops zu Technik und Naturwissenschaft oder Kreativ-Angebote. Die Seite [ferienpass-hamburg.de](https://ferienpass-hamburg.de) wird werktäglich aktualisiert, so dass es sich lohnt, öfter mal vorbeizuschauen. Auf dem Instagram-Kanal @jiz\_hamburg macht das Jugendinformationszentrum (JIZ), das den Ferienpass herausgibt, auf Angebote mit freien Plätzen aufmerksam.

Das JIZ bietet außerdem in den Frühjahrsferien die Besichtigung des Hamburger Radiosenders N-JOY an. Termin ist der Dienstag, 26. März, zwischen 10:45 und 12:00 Uhr. Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren können sich für die kostenlose Veranstaltung anmelden per E-Mail an [ferien@bsb.hamburg.de](mailto:ferien@bsb.hamburg.de).

Kinder und Jugendliche, die in Hamburg zur Schule gehen, erhalten vor den jeweiligen Ferien über ihre Schule ein Heftchen, das auf die Ferienpass-Angebote im Internet hinweist und das Ferienpass-Kärtchen zum Ausfüllen enthält. Das Ferienpass-Kärtchen kann auch auf [ferienpass-hamburg.de](https://ferienpass-hamburg.de) heruntergeladen werden. Die Ferienpass-Kooperationspartnerinnen und -Kooperationspartner sind gebeten, auch den selbstausgedruckten Ferienpass zu akzeptieren. Mit dem Ferienpass gibt es oft Ermäßigungen. Manche Angebote sind ganz kostenlos.

Die Ferienpass-Flyer gibt es auf der Seite [jiz.de](https://jiz.de) auf Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch, Polnisch, Russisch, Spanisch, Türkisch und Ukrainisch als Download. Die Ferienpass-Angebote sind allerdings in der Regel auf Deutsch. Mit dem Filter „Für wenig Deutschkenntnisse geeignet“ lassen sich Angebote filtern, an denen auch Kinder und Jugendliche Spaß haben, die erst wenig Deutsch sprechen.

**Hintergrundinformationen**

Seit 1969 bietet der kostenlose Hamburger Ferienpass Schülerinnen und Schülern zwischen 5 und 19 Jahren, die ihre Ferien in Hamburg verbringen, jede Menge Ferienspaß. Einige Veranstaltungen richten sich auch an jüngere Kinder oder die ganze Familie. Manche Angebote sind nur für Kinder und Jugendliche, die in Hamburg zur Schule gehen, andere nicht. Die Bedingungen legen die jeweiligen Veranstalterinnen und Veranstalter fest. Außerdem wurden auch Reisen für Kinder und Jugendliche in den Ferienpass integriert.

Der Ferienpass kann unabhängig vom Einkommen der Eltern genutzt werden. Die Angebote sind so vielfältig wie die Interessen der Kinder und Jugendlichen: Ob Kultur, Musik und Theater, Natur und Umwelt, Spiel, Sport und Abenteuer, Technik und Experimente – alle dürften fündig werden. Viele Angebote sind kostenlos, kostenpflichtige oftmals bei Vorlage des Ferienpasses ermäßigt. Viele Veranstalterinnen und Veranstalter bieten zudem Ermäßigungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes, für Bezieher von ALG I oder ALG II an.

Die meisten Veranstaltungen sind in Hamburg, denn auch in der Stadt, in der die Kinder und Jugendlichen leben, gibt es viel zu entdecken. Manche Angebote sind außerhalb, so dass die ganze Familie zusammen einen tollen Ausflug machen kann.

Anbieterinnen und Anbieter, die Interesse an einer Kooperation mit dem Hamburger Ferienpass haben, wenden sich einfach telefonisch unter 040 42823 4830 oder per E-Mail an [ferien@bsb.hamburg.de](mailto:ferien@bsb.hamburg.de) an das JIZ oder registrieren sich direkt auf der Seite [ferienpass-hamburg.de](http://ferienpass-hamburg.de).

---

# Pilotprojekt zur SocialCard gestartet

**Mit der SocialCard sollen Leistungsempfängerinnen und -empfänger einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu ihren Leistungen haben, auch die Verwaltung wird entlastet. Sie ist so ausgestaltet, dass die staatlich bereitgestellten Finanzmittel für den eigenen Lebensunterhalt und gesellschaftliche Teilhabe eingesetzt werden.**

Als eines der ersten Bundesländer in Deutschland hat sich Hamburg bereits 2023 mit der Einführung guthabenbasierter Bezahlkarten für Menschen beschäftigt, die Geld aus städtischen Leistungssystemen erhalten. In einem Pilotprojekt werden nun die ersten SocialCards ausgegeben und damit auch Erfahrungen für die bundesweite Einführung einer solchen Bezahlkarte gesammelt.

Bei der SocialCard handelt es sich um eine Visa Guthaben-Karte, die ohne hinterlegtes Konto funktioniert. Sie ermöglicht einen schnellen, unkomplizierten und diskriminierungsfreien Zugang zu staatlichen Geldleistungen. Vorteil: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger müssen nicht mehr zu einer Behörde oder Kassenstelle kommen, sie sparen damit Wege und Zeit. Gleichzeitig werden so die bezirklichen Zahlstellen entlastet.

Zunächst erhalten neu ankommende Asylsuchende eine SocialCard, die in Erstaufnahmeeinrichtungen leben und denen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bewilligt werden. Diese Personen werden in den Erstaufnahmeeinrichtungen vornehmlich mit Sachleistungen versorgt, erhalten darüber hinaus aber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einen Betrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens. Dieser bundesrechtlich festgelegte Betrag in Höhe von 185 Euro (204 Euro abzüglich HVV-Mobilitätskarte) pro Monat für alleinstehende Erwachsene wird künftig über die SocialCard zur Verfügung gestellt. Jede Person über 18 Jahre bekommt eine eigene Karte. Geldbeträge für Kinder unter 18 Jahre werden auf die Karte der Mutter oder des Vaters geladen.

Anders als bei einer herkömmlichen Kreditkarte, gibt es keinen Kreditrahmen. Es kann nur der Betrag genutzt werden, der auf der Karte aufgeladen ist. Der Guthabenstand kann jederzeit an Geldautomaten oder über eine entsprechende App abgefragt werden. Die Nutzung ist sowohl als Karte, wie auch über eine entsprechende App auf dem Smartphone in allen Geschäften und bei Dienstleistern möglich, die Kartenzahlung akzeptieren. Weiterhin ermöglicht sie eine Bargeldauszahlung von bis zu 50 Euro monatlich pro volljährige Person. Pro minderjährige Person im gleichen Haushalt können zusätzlich 10 Euro monatlich abgehoben werden.

Im Ausland und im Online-Handel kann die SocialCard hingegen nicht genutzt werden. Auch Überweisungen ins Ausland sind nicht möglich. Damit soll verhindert werden, dass Betroffene dazu gedrängt werden könnten, ihr persönliches Guthaben ins Ausland z. B. an kriminelle Schleppernetzwerke weiterzuleiten.

Im November 2023 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz, eine Bezahlkarte für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bundesweit einzuführen. Hamburg beteiligt sich als eines von 14 Bundesländern an einem im Januar 2024 gestarteten gemeinsamen Vergabeverfahren und bringt die Erfahrungen aus dem Hamburger Pilotprojekt zur SocialCard in das weitere Verfahren ein. Mit der Einführung der bundesweiten Bezahlkarte ist nicht vor Sommer 2024 zu rechnen. Bis dahin erproben zahlreiche Kommunen in Deutschland eigene Bezahlkartensysteme.

Weitere Informationen zur SocialCard finden Sie unter:

<https://www.hamburg.de/socialcard>.



---

# Neue Diversitäts-Plattform auf Berlinale vorgestellt

## OMNI stellt Weichen für inklusivere Film- und Medienbranche

**Wie divers ist die deutsche Filmbranche wirklich? Mit einem Kick-Off-Event im Rahmen der Berlinale startet die MOIN Filmförderung die Pilotphase ihrer neuen Plattform „OMNI Inclusion Data“. Mit Hilfe des Tools sollen erstmalig fortlaufend belastbare Zahlen zu Diversität in der deutschen Film- und TV-Branche erfasst werden.**

Hinter OMNI verbirgt sich eine schnelle und einfache Online-Umfrage, mit der Cast und Crew aktueller Filmproduktionen ihre Daten freiwillig zur Verfügung stellen können. Auf diese Art sollen fortlaufend Informationen zu diversitätsrelevanten Merkmalen wie Geschlecht, Fluchtgeschichte, Religion, Behinderung, Diskriminierungserfahrungen und vieles mehr erhoben werden. In regelmäßigen Reports werden Ergebnisse zusammengetragen und der deutschen Film- und Medienbranche zur Verfügung gestellt. Der Datenschutz nach DSGVO und den geltenden Gesetzen sowie Datensicherheit durch Hosting auf zertifizierten Servern innerhalb der EU haben dabei zu jedem Zeitpunkt höchste Priorität.

**Dr. Carsten Brosda, unser Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg:** „Die Plattform OMNI ermöglicht Antworten auf die grundsätzliche Frage, wie divers die deutsche Film- und Medienbranche aktuell eigentlich ist. Solch eine Datengrundlage ist ein wichtiger Schritt. Die Ergebnisse werden langfristig zu mehr Diversität und Chancengerechtigkeit führen. OMNI kann so einen Beitrag dazu leisten, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in der Film- und Medienwelt sichtbar wird.“

**Helge Albers, Chef der MOIN Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein:** „OMNI setzt einem reinen Bauchgefühl künftig handfeste Fakten entgegen – die beste Basis, um konkrete Maßnahmen für mehr Vielfalt im Film zu entwickeln. Die Plattform hat das Potenzial, ein echter Gamechanger zu werden. Durch datenbasierte Entscheidungen können wir Barrieren abbauen und eine wirklich inklusive Film- und Medienwelt schaffen.“

Der Startschuss zur Pilotphase, die wissenschaftlich durch die Filmuniversität Babelsberg begleitet wird, ist anlässlich der Berlinale 2024 gefallen, wo die MOIN Filmförderung zu einem exklusiven Blick hinter die Kulissen eingeladen hat. Mit dabei waren Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien, sowie – per Videobotschaft zugeschaltet – der Hamburger Kultursenator Dr. Carsten Brosda. Als Talkgäste standen Zamina Ahmad (Gründerin Shades&Contrast), Adam Smith (The Everyone Projekt), Prof. Dr. Skadi Loist (Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF) sowie Helge Albers und Inga Becker (MOIN Filmförderung) auf der Bühne. Moderiert wurde der Vormittag von der Schauspielerin Lara-Sophie Milagro („Decolonized Glamour Talks“).

„OMNI – Inclusion Data“ wurde gemeinsam mit einem branchenweiten Beirat entwickelt und von der Hamburger Agentur never final umgesetzt. Vorbild und Kooperationspartner ist „The Everyone Project“, das ein ähnliches Tool für den australischen Markt realisiert hat.

Dem Branchenbeirat gehören folgende Institutionen und Initiativen an:

1. Bremische Landesmedienanstalt
2. Deutsche Filmakademie
3. Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
4. Documentary Association of Europe
5. European Film Academy
6. Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF
7. Hessen Film und Medien
8. Malisa Stiftung
9. MOIN Filmförderung
10. Norddeutscher Rundfunk
11. NETFLIX
12. Österreichisches Filminstitut
13. Pro Quote Film
14. Produktionsallianz
15. Produzent:innen Verband
16. Queer Media Society
17. Rollenfang
18. RTL Deutschland
19. Schwarze Filmschaffende e. V.
20. SKY Deutschland
21. UFA
22. Unverzagt Rechtsanwälte
23. DI
24. Westdeutscher Rundfunk

Die Pilotphase wird finanziell unterstützt durch Hessen Film & Medien, Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg und nordmedia Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen.

---

## **Rot-Grün für den Erhalt von Open Hus Molly in Farmsen**



Die Wandsbeker rot-grüne Koalition leitet den Planungsprozess für die Wiedereröffnung des Spielhauses in die Wege. Zusätzlich soll geklärt werden, ob statt einer Sanierung auch ein Neubau an der gleichen Stelle rechtlich möglich ist. Die nötigen Planungsmittel sollen im Wesentlichen über die Bürgerschaft bereitgestellt werden, dafür habe ich mit meiner Fraktion und den grünen Kolleg:innen vorbereitende Gespräche geführt.

Marc Buttler, Vorsitzender der SPD-Bezirksfraktion: „Das Spielhaus Farmsen, besser bekannt als Open Hus Molly, mit seinem großen Spielplatz ist ein sehr beliebter Treffpunkt für Kinder und Eltern aus Farmsen. Wir wollen dafür sorgen, dass es wieder an den bisherigen Ort zurückkehren kann, weil es dort für Farmsen als wachsenden Stadtteil unverzichtbar ist.“

Regina Jäck, SPD-Abgeordnete für den Wahlkreis Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop in der Bürgerschaft: „Das Open Hus Molly ist für den Sozialraum Farmsen unverzichtbar, deswegen setzen wir uns auf Bürgerschaftsebene dafür ein, dass die nötigen Mittel für Sanierung oder Neubau zur Verfügung gestellt werden.“

Hintergrund:

Das Spielhaus Farmsen (Open Hus Molly) mit seinem großen städtischen Spielplatz ist ein zentraler Treffpunkt für Kinder und ihre Eltern im Ortsteil Farmsen. Aus einem Zusammenschluss engagierter Tagesmütter aus Farmsen gründete sich im Jahr 2017 der Verein Open Hus Molly e.V., der die Arbeit im Spielhaus am Luisenhof seitdem weiterführt.

Es entstand eine tief verwurzelte Beziehung zwischen der Kindertagespflege, dem Verein und der Bevölkerung vor Ort. Neben Sommerfesten, Lichterfesten und einem Kinderatelier bietet das Haus ein breites Angebot an die Farmsener an und erfüllt damit eine zentrale Sozial- und Integrationsfunktion.

Während einer Umbaumaßnahme in der Küche des Gebäudes wurde Ende September 2023 eine erhebliche und gesundheitsgefährliche Schimmelpilzbelastung festgestellt. Der Betreiber Open Hus Molly e. V. musste die Räumlichkeiten kurzfristig verlassen und in einen Interimsstandort umziehen, um die Großtagespflege weiterführen zu können, Interimsmaßnahmen für die offene Arbeit sind in Planung.

---

# Hamburg sorgt mit Startchancen-Programm für starke Schulen und gute Bildung

In der Bürgerschaft haben wir über das Startchancen-Programm der Bundesregierung debattiert. Von den insgesamt rund 20 Milliarden Euro gehen 215 Millionen Euro an Hamburg und dienen der Förderung von Chancengleichheit in Schulen an Standorten mit besonders großen sozialen Herausforderungen. Wir haben die Debatte unter dem Titel „Startchancen-Programm für gute Bildung: Mit starken Schulen fördern wir die soziale Gerechtigkeit und eine gute Zukunft für Hamburgs Kinder“ angemeldet.

Dazu Nils Hansen, unser schulpolitischer Sprecher: „Bildungswege und Bildungschancen hängen in Deutschland noch immer vom familiären Hintergrund ab. Wohnsituation, Sprache und die Einkommenssituation des Elternhauses entscheiden wesentlich über den Schulerfolg mit. Damit können und dürfen wir uns nicht abfinden. Wir wirken daher seit 2011 mit viel Einsatz und finanzieller Anstrengung darauf hin, diese Hürden im Hamburger Schulsystem Stück für Stück abzubauen.

Schulen, an denen der Anteil an Schüler:innen mit großen sozialen Herausforderungen besonders hoch ist, werden in Hamburg bereits mit dem Programm ‚23+‘ besonders gefördert. Das Startchancen-Programm der Bundesregierung ist nun ein weiterer wegweisender Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Ab August werden Hamburg in den kommenden Jahren 215 Millionen Euro zur Verfügung stehen, um sozial benachteiligte Schüler:innen noch stärker zu fördern. Das Programm wird 80 bis 90 Hamburger Schulen zugutekommen, mehr als die Hälfte davon Grundschulen. Es gibt den Schulen noch mehr Unterstützung und Handlungsfähigkeit an die Hand, um Bildungserfolg für alle Schüler:innen zu ermöglichen.“

---

## „Wähl, was dich bewegt“ - Blick in die Werkstatt der Wahlmotivationskampagne

**Bürgerschaftspräsidentin stellt erste Entwürfe der neuen Kampagne für die Bezirks- und Europawahlen vor.**

Am 9. Juni 2024 sind alle Hamburger:innen aufgerufen, ihre Bezirksversammlung und das Europaparlament zu wählen. Im Frühjahr 2025 findet die

Bürgerschaftswahl statt.

Unter dem Motto „Wähl, was dich bewegt“ starten wir als Bürgerschaft im Vorfeld der Abstimmungen eine Motivationskampagne. Dabei werden besonders diejenigen verstärkt in den Blick genommen, für die der Gang zur Urne keine Selbstverständlichkeit ist. Mit plakativen Wortpaaren wie „Pumpen oder Yoga?“, „Sneaks oder Heels?“, zeigte bereits die vergangene Kampagne 2020 unter dem Motto „Wähl dich warm“, wie wertvoll unsere Demokratie ist. Mit eingängigen Kampagnenbotschaften werden ab Mai Hamburger:innen in ihrem Alltag angesprochen: „Graffiti oder Galerie?“, „Fischhalle oder Hallenbad?“, „Krokodil oder Condor?“, „U-Bahn oder E-Auto?“ finden sich beim Friseur, im öffentlichen Nahverkehr oder im Sportverein, im Nagelstudio oder den lokalen Kiosken wieder.

Auch dieses Mal steht die Kernbotschaft: „Jede Stimme ist wichtig – alle sollen die Stadt Hamburg mitgestalten“, im Fokus. Die aktuelle Kampagne soll noch stärker in die Stadtteile ausstrahlen, in denen die Wahlbeteiligung niedrig war. In diesen Schwerpunktquartieren wird es gezielte Mikro-Kampagnen geben.

**Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit:** „Eine starke Demokratie ist unser höchstes Gut. Dafür braucht es jede Stimme. Mit der Kampagne „Wähl, was dich bewegt“ möchten wir die Hamburger:innen motivieren, sich an der politischen Gestaltung unserer Stadt zu beteiligen. Politik geht alle an. Wer wählt kann das Hamburger Leben mitgestalten. Wir treffen täglich große und kleine Entscheidungen für unser Leben. Jede und jeder sollte sich zutrauen, alle paar Jahre über unsere Parlamente mitzuentcheiden.“

**Landeswahlleiter Oliver Rudolf:** „Ich freue mich auf die Motivationskampagne. Sie holt die Hamburger:innen im alltäglichen Leben ab, um so die demokratische Beteiligung bei den kommenden Wahlen nachhaltig zu stärken.“

In der Plenarsitzung am 20. Dezember 2023 hatte die Bürgerschaft einstimmig 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um 2024 Kampagnen für die Bezirks- und Europawahlen und 2025 für die Bürgerschaftswahl zu ermöglichen. Diese bauen aufeinander auf und entwickeln die Kampagne von 2020 weiter.

Ein umfangreiches analoges und digitales Maßnahmenpaket wird mit vielfältigen Aktionen den Hamburger:innen Lust aufs Wählen machen. Dazu gehören großflächige Plakate, Animationen im Fahrgastfernsehen und auf Infoscreens in U- und S-Bahnhöfen. In Schwimmbädern, Tankstellen, in der Gastronomie, beim Friseur, Nagelstudios und Sportvereinen werden individuelle Motive zu sehen sein.

Hamburger Influencer:innen werden auf ihren Accounts über die Bedeutung des Wählens informieren und ihre Follower:innen motivieren, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Informationen zur Kampagne, Wissenswertes und Service rund um die Wahl der Bezirksversammlung und des Europäischen Parlaments sind im Kampagnenzeitraum auf der eigens eingerichteten Website [www.hamburgwahl.de](http://www.hamburgwahl.de) zu finden.

Konzeption und Umsetzung der Wahlmotivationskampagne erfolgt durch die Hamburger Agenturgruppe fischerAppelt. Zudem beteiligen sich zahlreiche Hamburger Unternehmen, Vereine und Verbände als Kooperationspartner:innen

.

---

# Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung nimmt Arbeit auf

**Unter Trägerschaft des Diakonischen Werks Hamburg hat am 15. Februar die Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg ihre Arbeit aufgenommen. Die von der Sozialbehörde geförderte Einrichtung richtet sich sowohl an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahren sowie an Fach- und Führungskräfte von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Ziel der Fachstelle ist es, das Recht auf Beteiligung, das jungen Menschen zusteht, noch besser umzusetzen.**

Das Recht auf Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist im Sozialgesetzbuch (SGB VIII, u.a. § 8) und der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (u.a. Artikel 12) festgeschrieben. Mit der Fachstelle haben junge Menschen künftig eine zentrale Anlaufstelle in Hamburg, wenn sie sich zum Beispiel über ihre Rechte und deren Umsetzung informieren lassen möchten.

Die Fachstelle bietet dabei ein vielfältiges Beratungs-, Unterstützungs- und Fortbildungsangebot, damit junge Menschen ihre Rechte kennenlernen, wahrnehmen und einfordern sowie deren Umsetzung gemeinsam mit Fach- und Führungskräften weiterentwickeln können. Sie moderiert, begleitet und organisiert unter anderem Beteiligungsformate wie Zukunftswerkstätten und Kinderkonferenzen. Zudem unterstützt die Fachstelle die Schaffung von neuen Selbstvertretungsmöglichkeiten für und mit jungen Menschen.

Für Fach- und Führungskräfte bietet sie unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen wie Fortbildungen, Workshops und Projekt-Werkstätten an. Damit sollen Wege und Methoden aufgezeigt werden, wie sie in ihren Einrichtungen junge Menschen besser partizipieren lassen können und Beteiligungsrechte im Sinne des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes umgesetzt werden.

**Unsere Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer:** „Das Recht auf Beteiligung ist ein zentrales Kinderrecht. Aber nur, wenn Kinder und Jugendliche ihre Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten auch kennen, können sie diese auch einfordern und umsetzen. Mit der Fachstelle verbessern wir die Strukturen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, die nötig sind, damit junge Menschen mitbestimmen und -gestalten können.“

**Gabi Brasch, Vorstand des Diakonischen Werks Hamburg:** „Wir freuen uns sehr, dass wir unsere Erfahrungen in der Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten in der neuen Fachstelle für alle einsetzen können. Nur gemeinsam mit jungen Menschen und Erwachsenen, die Verantwortung übernehmen, gelingt die Verwirklichung der Kinder- und Jugendrechte. In einem Modellprojekt konnten wir hier bereits erfolgreich Impulse setzen und Kinder und Jugendliche unterstützen.“

Die Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Hamburg befindet sich beim Diakonischen Werk in der Königstraße 54. Projektkoordinatorin Birte Wenke ist vom 15. Februar an unter [wenke@diakonie-hamburg.de](mailto:wenke@diakonie-hamburg.de) zu erreichen.

Weitere Informationen zum Thema Kinderrechte gibt es im Internet: [www.hamburg.de/kinderrechte](http://www.hamburg.de/kinderrechte).

---

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro  
Regina Jäck  
Neusurenland 107  
22159 Hamburg  
Deutschland

040-74214997

